



An die
Medien

Dortmund

27.05.08

PRESSEMITTEILUNG

Freigabe des Haushalts: Diegels verschweigt Risiken durch das Land

Die GRÜNEN im Rat sind erleichtert, dass der städtische Haushalt nunmehr freigegeben ist. Die im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossenen sozialen und ökologischen Projekte können damit endlich gestartet werden. Gleichzeitig weisen die GRÜNEN darauf hin, dass durch das Land neben den schon bestehenden finanziellen Belastungen neue Risiken drohen.

Fraktionssprecher Mario Krüger: „Wenn Herr Diegel von Haushaltsrisiken für die Stadt spricht, dann sollte er als ehemaliger finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion eigentlich genau wissen, wen er dabei zuerst anzusprechen hat. Denn sein eigener CDU-Finanzminister droht mittlerweile damit, den Städten die durch das Land zuviel vereinnahmten und gerade erst zurückgezahlten Gelder aus dem Solidarpakt wieder weg zu nehmen. Für Dortmund wären das mal eben zwanzig Millionen Euro weniger. Und damit nicht genug. Der Finanzminister und die Landesregierung sind auch dafür verantwortlich, dass den Städten 220 Millionen Euro an ersparten Wohngeldmitteln vorenthalten werden. Außerdem werden die Kommunen seit 2006 nicht mehr an der Grunderwerbsteuer beteiligt. Das schlägt landesweit mit 180 Millionen Euro zu Buche.“



Und auch beim neuen Kinderbildungsgesetz KiBiz bedient sich das Land mit 52 Millionen Euro bei den Städten. Unterm Strich ergibt das für Dortmund eine Millio-
nensumme in Höhe von etwa 35 bis 40 Millionen Euro, die uns vom Land vorent-
halten bzw. genommen werden sollen. Mit diesem Geld hätten sich die von Herrn
Diegel aufgezeigten Risiken erledigt. Doch darüber schweigt der CDU-
Regierungspräsident lieber.“

Für die GRÜNEN ist nach der Freigabe des Haushalts nun besonders wichtig, dass
die beschlossenen Projekte im Rahmen der sozialen Stadt Dortmund vorrangig und
mit zusätzlichen Haushaltsmitteln realisiert werden. Dabei sollen die betroffenen
Dezernate von einer allgemeinen Haushaltssperre ausgeschlossen werden.

Insbesondere drängen die GRÜNEN darauf, die beschlossenen Maßnahmen zur
Sprachförderung für Kinder, zur Schulsozialarbeit, zur Neukonzeptionierung der
Jugendhilfedienste sowie für einen kommunalen Lehrmittelfonds für Kinder aus
einkommensschwachen Familien unmittelbar umzusetzen.

Und auch der Aktionsplan gegen Rechts kann nach der Freigabe des Haushalts nun
endlich weiter vorangetrieben werden.

Fraktionssprecherin Ingrid Reuter: „Ein weiterer wesentlicher Baustein des
Haushaltsantrages ist die Energiesanierung. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang
die zuletzt vom Rat verabschiedete Vorlage, wonach eine Summe von annähernd 10
Mio. Euro aus nicht verausgabten Mitteln aus den Dezernaten zur Verfügung steht.
Damit können die entsprechenden Investitionen im Energiebereich in Angriff ge-
nommen werden. Wir werden uns nun von der Verwaltung erläutern lassen, in wel-
cher Reihenfolge die vom Rat beschlossenen Projekte abgewickelt werden. Dabei
werden wir darauf achten, dass mit diesem Geld tatsächlich ausschließlich Energie-
sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Parallel werden wir darauf drängen,
dass die aus Energiesparmaßnahmen erwirtschafteten Mittel konsumtiv, d.h. auch
für kleinere, aber höchst effiziente Maßnahmen verwendet werden. Wir sehen die
Immobilienwirtschaft insgesamt auf einem guten Weg, wesentliche Beiträge zum
Klimaschutz und gleichzeitig zur Senkung der laufenden Kosten zu leisten.“